

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

18. WP - 20. Sitzung

am Donnerstag, dem 13. Juni 2013, 14 Uhr,  
in Sitzungszimmer 122 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Daniel Günther (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Martin Habersaat (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Ines Strehlau

Anita Klahn (FDP)

Sven Krumbek (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Peter Sönnichsen (CDU)

Christopher Vogt (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Institut für Weltwirtschaft“</b>	<b>5</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/814</a>	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU <a href="#">Umdruck 18/1317</a>	
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik“</b>	<b>6</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/815</a>	
<b>3. Zielvereinbarungen mit den Hochschulen</b>	<b>7</b>
Berichts Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/822</a>	
Bericht des Bildungsministeriums <a href="#">Umdruck 18/1284</a>	
<b>4. Chancen für mehr Mobilität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/719</a>	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Umdruck 18/1285</a>	
<b>5. Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall/Weiterentwicklung ODIS</b>	<b>9</b>
Berichts Antrag der Fraktion der FDP <a href="#">Umdruck 18/1256</a>	

- 
- 6. Bericht der Bildungsministerin über die Folgen der Umbenennung des Schulfaches Heimat- und Sachunterricht in Sachunterricht und die Auswirkungen auf die Unterrichtsinhalte** 10
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP  
[Umdruck 18/1281](#)
- 7. Bericht der Bildungsministerin über die zukünftige Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft (Ersatzschulen)** 11
- 8. Initiative für ein Europäisches Kulturerbe-Siegel Schleswig-Holstein/Süddänemark** 12
- Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/433](#)
- Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
[Umdruck 18/1312](#)
- 9. Verschiedenes** 13

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Institut für Weltwirtschaft“**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 18/814](#)

(überwiesen am 31. Mai 2013)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
[Umdruck 18/1317](#)

Frau Dr. Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft, begründet die Gesetzesänderungen, die im Dialog mit den Institutsleitern entwickelt worden seien, mit den gestiegenen Anforderungen an das Management der Forschungseinrichtungen.

Einstimmig nimmt der Bildungsausschuss den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, [Umdruck 18/1317](#), an und empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 18/814](#) mit dieser Änderung anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung  
der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften  
und Mathematik“**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 18/815](#)

(überwiesen am 31. Mai 2013)

Ebenfalls einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf 18/815 unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Zielvereinbarungen mit den Hochschulen**

Berichts Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/822](#)

(vom Landtag am 31. Mai 2013 mit der Maßgabe angenommen, dass der erbetene Bericht im Bildungsausschuss gegeben wird)

Bericht des Bildungsministeriums

[Umdruck 18/1284](#)

hierzu: [Umdrucke 18/1123](#) (neu) und 18/1170

Auf eine Frage von Abg. Günther teilt Frau Dr. Ahrens, Leiterin der Wissenschaftsabteilung im Bildungsministerium mit, zu den Besoldungs- und Tariferhöhungen habe man die Formulierung aus dem bestehenden Hochschulvertrag übernommen.

Der Bildungsausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Chancen für mehr Mobilität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/719](#)

(überwiesen am 24. April 2013)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/1285](#)

Abg. Franzen zieht den CDU-Antrag [Drucksache 18/719](#) zurück. Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag [Umdruck 18/1285](#) anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall/Weiterentwicklung ODIS**

Berichts Antrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/1256](#)

Ministerin Dr. Wende berichtet, der Vertretungsfonds sei Ende Mai mit 5,06 Millionen € beziehungsweise 42 % in Anspruch genommen worden; man gehe davon aus, dass die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bis Ende des Jahres auskömmlich seien. Das Ministerium arbeite weiter an einer Neukonzeption von ODIS. Ziel sei es, den Unterrichtsausfall zu minimieren. Bei der Überarbeitung von ODIS zur Erfassung des Unterrichtsausfalls gebe es einen Zielkonflikt: möglichst detaillierte Informationen über die Gründe von Unterrichtsausfall auf der einen und möglichst geringen Aufwand für die Erfassung des Unterrichtsausfalls auf der anderen Seite.

Der Ausschuss nimmt den Zwischenbericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bericht der Bildungsministerin über die Folgen der Umbenennung des Schulfaches Heimat- und Sachunterricht in Sachunterricht und die Auswirkungen auf die Unterrichtsinhalte**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP  
[Umdruck 18/1281](#)

Ministerin Dr. Wende stellt klar, das Curriculum des Faches Heimat- und Sachunterricht, das in Zukunft „Heimat-, Welt- und Sachkunde (HWS)“ heißen solle, werde nicht geändert. Die ursprünglich geplante Umbenennung in „Sachunterricht“, mit der man sich an die Praxis von 12 Bundesländern habe anlehnen wollen, hätte die Vorbereitung auf den gesellschaftspolitischen und naturwissenschaftlichen Unterricht in der Sekundarstufe I umfasst, denn die Bereiche „Heimat“ und „Welt“ machten keinen großen Anteil am Curriculum des Faches aus.

Abg. Vogt weist darauf hin, dass die vom Ministerium geplante Abschaffung des Begriffs „Heimat“ bei vielen Menschen einen emotionalen Punkt getroffen habe und der regionale Bezug des Schulfachs eine große Bedeutung besitze.

Abg. Habersaat, Vogel und Krumbeck machen darauf aufmerksam, dass die Inhalte des Faches unangetastet blieben und es „nur“ um eine Namensänderung gehe, um - dem Leitgedanken der Mobilität im Bildungswesen folgend - den gleichen Begriff zu verwenden wie die anderen Bundesländer. - Abg. Vogel erinnert daran, dass das Fach früher nur „Sachkunde“ geheißen habe.

Abg. Franzen hebt die Bedeutung der Heimatkunde im Grundschulunterricht hervor. Wesentliche Inhalte des Lehrplans müssten sich auch im Namen widerspiegeln.

Abg. Klahn äußert sich in die gleiche Richtung. Die Erweiterung um den Begriff „Welt“ dürfe die Auseinandersetzung mit dem Bereich „Heimat“ nicht verdrängen.

Ministerin Dr. Wende macht darauf aufmerksam, dass der Impuls für die Begriffsänderung aus der Universität gekommen sei, eine Anlehnung an die anderen Bundesländer mit Blick auf die Mobilität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen Sinn mache und eine Änderung des Curriculums - wie gesagt - nicht geplant sei.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Bericht der Bildungsministerin über die zukünftige Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft (Ersatzschulen)**

Ministerin Dr. Wende trägt vor, die Arbeitsgruppe Ersatzschulfinanzierung habe sich auf die künftigen grundlegenden Prinzipien für die Finanzierung der Ersatzschulen verständigt und Transparenz über die Berechnungsgrundlagen für die Schülerkostensätze geschaffen. Während das Bildungsministerium auch die Belange des Landeshaushalts im Auge haben müsse, hätten die Vertreter der Ersatzschulen das nachvollziehbare Interesse, möglichst günstige Konditionen für die Förderung der Ersatzschulen zu erreichen. Es gehe jetzt darum, einen für alle Beteiligten gut vertretbaren Kompromiss zu ermöglichen, der insgesamt zu einer Verbesserung der Förderung der allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft führe.

Weil die Arbeitsgruppe ihre Beratungen am 7. Juni 2013 abgeschlossen habe, sei es nicht möglich gewesen, die Fragen der Ersatzschulfinanzierung in die Schulgesetznovelle aufzunehmen. Stattdessen sollten sie im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes für den Haushalt 2014 geregelt werden, dessen Kabinettsbefassung am 25. Juni 2013 vorgesehen sei. In die Berechnung der Schülerkostensätze würden die Pensions- und Beihilfeaufwendungen künftig nicht mehr einbezogen, dafür fänden andere Kostenfaktoren Berücksichtigung.

Auf Nachfragen von Abg. Franzen und Klahn erinnert Frau Dr. Pabst, Leiterin der Allgemeinen Abteilung im Bildungsministerium, daran, dass die Förderung der deutschen Ersatzschulen auf der Grundlage der Schülerkostensätze des Jahres 2001 erfolge und sich damit weit von der Realität der öffentlichen Schulen entfernt habe. Sodann erläutert sie die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Ersatzschulfinanzierung (siehe Anlage). Zukünftig würden für alle Schulen die gleichen Prinzipien gelten. Auch für die Förderung der Waldorfschulen und der berufsbildenden Schulen werde es Rückgänge und Übergangsregelungen geben. Die Neuregelung bedeute besonders für die Grundschulen, aber auch für die Förderschulen und in einem gewissen Maß für die Gemeinschaftsschulen Gewinne sowie für die Gymnasien in moderatem Umfang und vor allem für die berufsbildenden Schulen Verluste. Durch dreijährige Übergangsregelungen sollten die Auswirkungen abgemildert werden.

Auf Wunsch des Ausschusses sagt sie zu, den Bildungsausschuss über die vorgesehenen Neuregelungen sowie deren Auswirkungen auf die verschiedenen Schularten und den Landeshaushalt schriftlich näher zu informieren.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Initiative für ein Europäisches Kulturerbe-Siegel Schleswig-Holstein/Süddänemark**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/433](#)

(überwiesen am 25. Januar 2013 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/849, 18/961, 18/999, 18/1065, 18/1073, 18/1078, 18/1079, 18/1080, 18/1081, 18/1084, 18/1085, 18/1086, 18/1135, 18/1142, 18/1155, 18/1222](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/1312](#)

Abg. Klahn bringt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion, [Umdruck 18/1312](#), ein.

Frau Bieler-Seelhoff, Leiterin der Kulturabteilung im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, skizziert das Bewerbungsverfahren, das in der Stellungnahme der Stadt Flensburg, [Umdruck 18/1085](#), hervorragend erklärt werde. Den Projektantrag erarbeite nicht die Landesregierung, sondern die Stätten.

Nach kurzer Diskussion stellt der Ausschuss die Beschlussfassung über den Antrag bis zur nächsten Sitzung, am 15. August 2013, in der Erwartung zurück, dass die Fraktionen versuchen, sich auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Die Vorsitzende weist auf die nächsten Sitzungstermine hin:

- 15. August 2013, 10 Uhr: Anhörung zur Flexibilisierung der Einschulungsphase und zum Projekt „FISCH“, 14 Uhr: reguläre Beratungssitzung
- 5. September 2013, Sitzung im Freilichtmuseum Molfsee

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, schließt die Sitzung um 15:25 Uhr.

gez. Anke Erdmann

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer